SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

"Deutsch-deutsche Heirat"? Analytische Fallstricke familialer Metaphern

Senghaas-Knobloch, Eva

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Senghaas-Knobloch, E. (1992). "Deutsch-deutsche Heirat"? Analytische Fallstricke familialer Metaphern. *Journal für Psychologie*, *1*(1), 48-57. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-8198

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Aktuelles Thema

„Deutsch-deutsche Heirat"?
Analytische Fallstricke familialer Metaphern

Eva Senghaas-Knobloch

Zusammenfassung: Angesichts der Umwälzungen in der DDR und lauter werdenden Wünschen nach staatlicher Einheit ist für das Verhältnis von BRD und DDR in der politischen Rhetorik nicht selten das Bild von Braut und Bräutigam bemüht worden. Das deutet – anders als die familiale Metapher es vermeintlich nahelegt – auf die Distanz hin, die zwischen den beiden Gesellschaften in den eigenständigen politischen Einheiten entstanden war. Zu falschen Schlußfolgerungen kann diese Metapher Anlaß geben, wenn sie zu psychologisch-analytischen Zwecken eingesetzt und dabei die je eigenständige Sphäre gesellschaftlicher Organisation als auch die der politisch-institutionellen Verfaßtheit ausgeblendet wird.

Vorbemerkung

Im deutschen Bundestag sind seit der Wahl vom Dezember 1990 zwar Parlamentarier und Parlamentarierinnen von Ost und West versammelt. Dennoch verläßt uns das Gefühl, jeweils in einem fremden Land zu sein, wenn wir die ehemalige Grenze zwischen Ost und West überschritten haben, so leicht noch nicht. Wenn es gut geht, schreiben wir uns, teilen uns wechselseitig die Stimmungslage, die Wünsche, die Ängste, die Interessen der „eigenen" Landsleute mit. Am nächsten kommen wir uns vermutlich immer dann, wenn wir in direkter persönlicher Beziehung gemeinsame Aufgaben zu lösen haben. Allerdings gerade dann merken wir auch, wie schwer es uns fällt, eine gemeinsame Sprache zu finden, gerade und obwohl sie uns doch vorgegeben ist.

Zusammengehören und doch auf Distanz bedacht sein, eine gemeinsame Sprache sprechen und doch aneinander vorbeireden: Das erinnert in der Tat an die widersprüchlichen Beziehungen in Familiensituationen. Ist es die Assoziation, die bewirkte, daß das Verhältnis zwischen BRD und DDR seit den revolutionären Veränderungen in der DDR häufig unter Zuhilfenahme familialer Metaphern beschrieben und gedeutet wurde? Im Frühjahr und Sommer 1990, als noch nicht entschieden war, in welchen staatsrechtlichen Formen das Zusammenleben der Menschen in BRD und DDR organisiert sein sollte, wurden besonders häufig die Rollen von Braut und Bräutigam bemüht. Der DDR wurde dabei von westlicher Seite aus die Rolle der Braut gegeben, so etwa in den Redewendungen von Graf Lambsdorff. In einer Stellungnahme für das Fernsehen bezeichnete er die DDR als „Braut" und sprach etwas ungehalten von ihrem zögerlichen Ja-Wort.

Jens Reich wiederum, Mitbegründer der Gruppe „Demokratie jetzt" und seit den Märzwahlen der DDR „Bündnis 90", blieb zwar im gleichen Bild, aber verteilte die Rollen anders, als er im September 1990 während einer Rede in Bonn ausführte:

„Gestern war Polterabend, morgen soll das Hochzeitsfest sein. Die Braut ist nicht mehr die Jüngste und, und durchaus nicht die Schönste, aber sie ist wohl durchgenährt und stattlich. Sie heißt Helmute. Der Bräutigam ist sehr dünn, von bestem Adel, aber total verarmt, Lothar ist sein Name." (FR vom 11. September 1990, S. 10)

Möglicherweise war für Reich das Fremdbild von der DDR als Braut doch allzu stark mit der traditionellen Assoziation von sozialem Identitätsverlust im Fall von Heirat verbunden. Im Bild von Jens Reich wird der Bund zum Zusammenleben durch die Regierungen vollzogen, Helmute und Lothar. Den Menschen, die diese Regierungen (im Fall der DDR zum ersten Mal) gewählt haben, wird die Rolle von Kindern zugedacht.

„Und wir sind die Kinder, meine Kinder und deine Kinder, wir gehören ab heute zu einer Familie, liebe Kinder, nun habt euch mal lieb und spielt herrlich miteinander, z. B. Huckepack." (ebda.)

Das Bild ironisiert wunderschön eine Redeweise, in der die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von BRD und DDR zu Kindern gemacht werden, die sich bekanntlich ihre Eltern nicht aussuchen können. Und doch ist das metaphorische Spiel für das deutsch-deutsche Verhältnis immer weitergetrieben worden. Im September 1990 veröffentlichte der Berliner Psychoanalytiker Reimer Hinrichs (1990) seinen - vielleicht nicht ganz ernst gemeinten, aber ernst zu nehmenden - Versuch, „die Situation des DDR-Volkes im Sommer 1990 unter neurosen-psychologischen Gesichtspunkten zu verstehen". Bei ihm bilden „das Volk der DDR" und „das Volk der BRD" zwei Brüder, wobei die DDR als später geborener Bruder (Oktober versus Mai 1949) in der Geschwisterreihe als benachteiligt gilt. Wiederum ist die Regierung der BRD die Mutter und die Regierung der DDR der Vater, wobei hier aber nicht an den „vom feinsten Adel" (Lothar CDU) gedacht wird, sondern an die SED-Regierung. Die zeitliche Interpunktion scheint für die Familienmetapher beliebig zu sein. Am ausführlichsten aber hat im Sommer 1990 Hans-Joachim Maaz, Chefarzt der psychotherapeutischen Klinik im evangelischen Diakoniewerk Halle, die Familienmetapher in dem Band *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR* (Maaz 1990) entfaltet. Er spricht kritisch von der „Adoption" der DDR in die Familie der Bundesländer (166). Seine Hauptmetapher ist jedoch die des „deutschen Paars", die es ihm erlaubt, das für die Paardynamik aufgestellte „Kollusionskonzept" von Jürg Willi auf BRD und DDR als zwei „kranke" Gesellschaften anzuwenden. Mit dem Konzept der Kollusion will Maaz einen Vorgang beschreiben, „dem ein gemeinsames unbewußtes Leiden zugrundeliegt, das auf verschiedenen, meist gegensätzlichen Positionen ausgetragen oder abgewehrt wird und eine Zusammengehörigkeit wie Schloß und Schlüssel konstituiert" (176).

Nun ist der Gebrauch von Metaphern für politische Vorgänge nichts Ungewöhnliches. Insbesondere in der internationalen Politik, in der es ja besonders um die Beziehungen zwischen Staaten und Großkollektiven geht, finden sich alltagspsychologische Bilder sowohl bei den Akteuren der Politik wie bei ihren Analytikern häufig. Besonders die Sicherheitspolitik ist dafür anfällig, denn in ihr geht es immer auch um kollektive Selbst- und Fremdbilder. In der Sicherheitspolitik sind daher oft ganz elementare Gefühlslagen und psychologische Mechanismen am Werk: Furcht, Macht, Stolz, Ehre, Größenphantasien (Senghaas-Knobloch 1990; Volmerg et al. 1983). In den genannten Fällen der psychoanalytischen Deutung des deutsch-deutschen Verhältnisses wird jedoch die Personifizierung staatlicher Kollektive nicht alltagspsychologisch unreflektiert, sondern mit der Absicht analytischen Erkenntnisgewinns unternommen. Das ist der Grund, daß ich im folgenden die tatsächliche analytische Tragfähigkeit eines solchen Versuchs überprüfen möchte. In einem ersten Schritt will ich auf den subjektiven Faktor in der internationalen Politik, besonders im - jetzt aufgelösten - Ost-West-Konflikt eingehen. In einem zweiten Schritt sollen die familialen Metaphern im deutsch-deutschen Einigungsprozeß näher beleuchtet werden, und in einem letzten Schritt geht es um die politisch-psychologischen Probleme und Aufgaben der deutschen Integration.

Der subjektive Faktor in der internationalen Politik

Wie erwähnt, scheinen der internationalen, der zwischenstaatlichen Politik und insbesondere der Sicherheitspolitik charakteristische Züge zu eignen, die es nahelegen, sie in der einen oder anderen metaphorischen Form zu personifizieren. Eher unwahrscheinlich ist es dagegen, daß das konfliktive Verhältnis zwischen IG Metall und Unternehmensverband Metall als Psychogramm beschrieben wird. Auch das parlamentarische Verhältnis zwischen Opposition und Regierung wird auf diese Weise

selten analysiert (anders ist es vielleicht bei parlamentarischen Koalitionsverhandlungen); auch nicht die Konflikte zwischen Einzelhandel und Großhandel, zwischen Bauernverband und Landwirtschaftsminister oder gar zwischen ADAC und dem Umweltverband BUND. Dabei handelt es sich bei all den hier genannten Gruppierungen auch um Großgruppen. Die Konflikte, die sie miteinander haben, scheinen aber nicht besonders gut geeignet zu sein, um sie metaphorisch auszudrücken. Man könnte sagen, ihr Name ist Programm. Es geht diesen Gruppen um mehr oder minder nüchterne, mehr oder minder geschickte Interessenpolitik.

Anders im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen. Zwar wird auch in diesem Zusammenhang von seiten der theoretischen Schule des „Realismus" das Konzept des nationalen Interesses besonders hochgehalten. Aber dieses Interesse, für wie realitätshaltig wir seine Definition im einzelnen auch immer halten mögen, ist offenbar selbst schon ein hochaggregiertes Konstrukt, in das das Resultat aller zuvor beschriebenen innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingeflossen ist. Zwischen den meisten Staaten zeigt sich - im Vergleich zur innergesellschaftlichen Arbeitsteilung - nur eine relativ undifferenzierte Funktionsteilung, eine mangelnde Dichte von regelmäßigen und unabdingbaren Kooperationsbezügen. Zwischen einigen Staaten, besonders den Staaten, die in der OECD zusammengeschlossen sind, sind zwar in den letzten 45 Jahren Kooperationsbezüge erheblich angestiegen, und sie steigen weiter an. Zwischen anderen dagegen, besonders zwischen Osteuropa und Westeuropa, gab es jedoch weder auf der staatlichen noch auf der gesellschaftlichen Ebene einen irgendwie prägenden Austausch. Es gab bestenfalls sporadische, persönliche Erfahrungsbezüge, mit entsprechend wenig ausdifferenzierten Rollenerwartungen und Verständigungsmöglichkeiten. So spielten auch Feindbilder bzw. Freundbilder oder ganz allgemein Vorstellungsbilder (Images) eine sehr viel größere Rolle als etwa Erwartungen und Orientierungen, wie sie sich in verläßlichen rollenspezifischen Kooperationsbezügen bilden.

Das macht sich insbesondere in der Sicherheitspolitik bemerkbar, weil Sicherheitspolitik der institutionalisierte Ausdruck einer kollektiven Identität durch Abgrenzung ist. Daher wirkte der alte Ost-West-Konflikt mit seiner brisanten Kombination von ordnungs-, macht- und sicherheitspolitischen Konfliktdimensionen unvermeidlich als Orientierungsmarke und Koordinator des Selbst- und Weltbildes für Akteure und Betroffene, für Herrschende und für Oppositionelle, in Ost und West. Doch darf von dieser allgemeinen politisch-psychologischen Funktion des Ost-West-Konflikts keineswegs auf eine symmetrische Beziehungsdynamik zwischen Ost und West geschlossen werden.

Der Einspruch, den beispielsweise Richard Schröder (Die Zeit, Nr. 23, 31. Mai 1991) - für ein halbes Jahr 1990 Fraktionsvorsitzender der SPD in der ersten freigewählten Volkskammer der DDR - gegen Jürgen Habermas' (Die Zeit, Nr. 20, 10. Mai 1991) Diktum der „Geschichte einer Beziehungslosigkeit" zwischen „unsereinen" und den geistigen Strömungen in der DDR erhebt, macht diese Asymmetrie auf bestürzende Weise deutlich. Habermas' Nachkriegsgeschichte ist eher mit Italien, Frankreich oder den USA verbunden. Eine Auseinandersetzung hatte er weder mit „Chefphilosophen" der DDR noch mit oppositionellen Gruppen dort. Habermas erwähnt seine „Geschichte der Beziehungslosigkeit" eher nebenbei, bevor er zu einer scharfen Kritik des Einigungsprozesses ausholt. Schröder hingegen gibt diese Vor- und Nebenbemerkung den Anstoß dazu, seine eigenen realen „Beziehungskisten" zu erzählen, „eine Geschichte intensiver Beziehungen zu den Verwandten und Freunden in der Bundesrepublik ... von der Teilnahme am politischen Leben der Bundesrepublik über Radio und Fernsehen, von den merkwürdigen Pfaden, auf denen wir uns Bücher der Bundesrepublik besorgt haben, um dem geistigen Ghetto zu entgehen, darunter auch welche von Habermas."

Der Westen war seit langem - ob positiv besetzt oder in Gegnerschaft - ein Maßstab für den Osten, für die DDR-Bürger/innen. Umgekehrt fehlte bei sehr vielen im Westen, auch in der BRD, das Interesse am Osten. Für die wenigstens - ob Intellektuelle oder nicht - hatte der „Osten" irgendeine - und sei es versteckte - Anziehungskraft. Noch wer positiv auf die sogenannten „sozialistischen Errungenschaften" verwies, tat es nicht selten in einer Haltung, die um

Entschuldigung dafür warb, sich eben nicht in aller Konkretion oder gar Tiefe mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen dort zu befassen.

Diese Asymmetrie in der Wahrnehmung und in der Aufmerksamkeit für einander ist ein besonderes Charakteristikum für Ost-West-Beziehungen in der Konstellation des alten Ost-West-Konflikts. In den neuen innerdeutschen Beziehungen wird sie zu einer schweren Belastung. Denn hier treffen neue politische Rahmenbedingungen mit alten gesellschaftlichen und subjektiven Gegebenheiten auf eine ganz besondere Weise zusammen.

Auf politischer Ebene zeigte sich in allen zentral- und osteuropäischen Ländern der revolutionäre Wille, die klassischen republikanischen und demokratischen Staatsziele (wie eine frei und geheim gewählte pluralistische Interessenvertretung im Parlament, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Einführung einer unabhängigen Verwaltung, Verwaltungsgerichtsbarkeit) zu verwirklichen. Explizit wurde an klassische Traditionen des Westens angeknüpft (Ash 1990).

Der Sozialismus in Zentral- und Osteuropa war als alternatives Zivilisationsprojekt angetreten, welches eine bewußte gesamtgesellschaftliche Planung an die Stelle der „Anarchie" der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch aller tradierten Bindungen, setzen wollte. Entstanden waren jedoch - nach einem Ausdruck der polnischen Soziologin Staniszkis (1991) - etatistische Gesellschaften mit den ihnen besonderen Strukturmerkmalen. Es sind Gesellschaften, die die eigentliche Sphäre der zivilen Gesellschaft im klassischen Sinn nicht kennen. Ökonomische und politische Sphäre wurden so miteinander verknüpft, daß weder die eine noch die andere Sphäre die in ihr angelegten Rationalitätspotentiale entwickeln konnte. Anstelle der vielfältig verflochtenen Interessenbezüge ist die direkte staatliche Direktive getreten. Großorganisationen, die gemäß den westlichen Interessenverbänden benannt wurden und Institutionen hatten im politischen System der real sozialistischen Staaten eine ganz andere Bedeutung. Hier ging es nicht um Interessenbündelung und Interessenkonflikt, sondern um eine organisatorische Form, durch die die einzelnen „atomisierten Staatsbürger" (Marz) den politischen Direktiven verpflichtet werden konnten.

Das oppositionspolitische Projekt der „zivilen Gesellschaft" ist in den 80er Jahren in Polen und Ungarn als ein Gegenentwurf zu diesen vom Staat durchgesetzten und überwölbten gesellschaftlichen Beziehungen entwickelt worden. In Polen beispielsweise hatten sich vielfältige Initiativen gebildet, in denen in allen wichtigen Lebensbereichen selbstbestimmte Lösungen gefunden werden sollten - im Sinne der Idee von der „Selbstverteidigung der Gesellschaft gegen das totalitäre Projekt des Staates". Mit dem Zusammenbruch der illegitimen Herrschaft wurde dann deutlich, daß die Vielfalt der genannten Initiativen dennoch nicht über ein „gesellschaftliches Vakuum" hinwegtäuschen konnte. Es war bis Ende der 80er Jahre noch nicht möglich gewesen, eigenständige Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens und vor allem differenzierte gesellschaftliche Interessenlagen, auch im Bereich der Produktion, herauszubilden (Tatur 1991).

Der Zerfall der alten Herrschaftsordnung brachte allerdings nicht nur eingegrenzte staatliche Ordnungen zum Einsturz. Vielmehr stellte und stellt sich an vielen Orten die Legitimations- als eine Identitätsfrage: Wer sind „wir", die an einem neuen Gemeinwesen mitwirken (sollen)? (Senghaas-Knobloch 1991; Offe 1991) Die Entscheidung der Volkskammer der DDR, am 3. Oktober 1990 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beizutreten, zeigt, daß der Zerfall der staatlichen Legitimation mit einem Zerfall der kollektiven Identität überhaupt verbunden war. Der Legitimationszerfall der alten Herrschaftsordnung war hier - in ganz anderer Weise als in den zentraleuropäischen Staaten - auch von einer Erosion des „Wir-Gefühls" begleitet, das jeglicher eigenstaatlichen Existenz zugrundeliegt. Helmut Teichmann aus Dresden hatte diese Problematik im Mai 1990 (Manuskript) so umschrieben, daß

„... die Überwindung dieses (Ost-West-)Antagonismus nicht durch Koevolution zustandekam, sondern durch den sozialen Identitätsverlust der Staaten des Warschauer Vertrages. Dies gilt auch für die DDR. Von großer Wichtigkeit ist die Frage, welche Identität verloren wurde. Diese Frage kann nicht pauschal beantwortet werden, sondern nur im Zusammenhang mit der konkreten Subjektqualität. Typisch für die gelebte DDR-Bürgerschaft ist ihre innere Spaltung. So gab und gibt es zweifelsfrei verinnerlichte humanistische

Wertvorstellungen des Marxismus. Die Praxis des Lebens brachte aber die permanente stalinistische Entfremdung mit sich."

Was bei Teichmann als „stalinistische Entfremdung" bezeichnet wird, heißt bei dem (Ostberliner) Soziologen Rudolf Welskopf „organisierte Selbsttäuschung", bei anderen „organisierte Verantwortungslosigkeit" (Lutz Marz). Übereinstimmung besteht darin, daß die etatistischen Gesellschaften keinen Platz für die autonome Bedürfnis- und Interessenartikulation vorgesehen hatten und so die Menschen zur Inauthentizität gezwungen waren. Nicht zufällig war es für Dissidenten wie Vaclav Havel (1989) das Motiv, „in der Wahrheit zu leben", das sie zur politischen Aktivität trotz schwerer Repression bewegte. Umgekehrt bedeutet der Legitimationsverlust der alten Partei- und Staatsherrschaft, daß die daran gebundene soziale Identität der einzelnen verfällt. Vor diesem Hintergrund erklären sich politische Beobachter/innen wie z. B. Siklova (FAZ vom 20. 9. 1991) die nationalen, höchst militanten Wiedergeburtswellen in allen ehemals kommunistischen Staaten Europas als Bewegungen nach Ersatz für die verlorene soziale Identität.

Zurück zu den deutsch-deutschen Beziehungsstörungen. Diese wurden schon wenige Wochen nach Öffnung der Mauer spürbar und gaben Anlaß für die diversen Versuche, das deutsch-deutsche Verhältnis in psychodynamischen Begriffen zu beschreiben.

Familiale Metaphern für den deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß

In den diagnostischen Befunden von Reimer Hinrichs spielen politisch-soziologische Aspekte keine explizite Rolle. Der Mauerfall am 9. November 1989 wird von Hinrichs folgenderweise beschrieben:

„Neurosenpsychologisch war dies eine prekäre Sache, da zwei gegensätzliche Wünsche gleichzeitig in Erfüllung zu gehen schienen, nämlich die Wünsche nach Befreiung und die nach Vereinigung. Es sollte sich zeigen, daß der Patient aus psycho-therapeutischer Perspektive von dieser Versuchungssituation überfordert war. Unter dem Gesetz des Wiederholungszwangs konstellierte er nämlich auf einer tieferen Ebene das, was er schon kannte: er wählte (am 18. 3. 1990) eine Situation, die scheinbar eine ersehnte Veränderung bedeutete, dynamisch jedoch eine Wiederholung war: die neuerliche Überformung durch einen protektiven, einengenden Organismus, verbunden mit der Erduldung verschleierter Tyrannei und der Erstikkung souveräner Impulse – gewählt wurde die West-Mark ...

Vorbei ist die Chance zur Autonomie, zur psychischen Gesundung, zur autoplastischen Anpassung, zur Veränderung der Realität durch eigene Kraft. Was bleibt, ist die autoplastische Anpassung an die BRD, also die neuerliche Deformation, die wiederum passiv erlittene Überformung durch einen mächtigeren Organismus: Des Brot ich esse, des Lied ich darum singen muß. Das vorläufige Ende vom Lied mit dem Titel: ‚Revolution der DDR' ist also das psychodynamische Shifting aus den Fesseln des strengen Vaters in die überprotektiven Arme der spendenden, versorgenden, aber auch fordernden, überfordernden und eingehenden (BRD-Regierungs-)Mutter, die psychodynamisch zum Monstrum wird, weil sie das seelische Selbst der DDR erstickt, während sie deren Organismus ernährt."

Welche Erkenntnisse und auch Selbsterkenntnisse kann eine solche Beschreibung vermitteln? Zunächst fällt auf: Die politische Wahl wird pathologisiert und „das Volk der DDR" infantilisiert. Merkwürdig, daß überhaupt vom „Volk der DDR" die Rede ist. Vielleicht deshalb, weil der Begriff des „Volks" tatsächlich etwas ganzheitlich Organisches nahelegt, etwas, was ein Ganzes darstellt. Wäre nüchtern von der „Bevölkerung der DDR" die Rede gewesen, so wäre schon die Vielfalt ihrer einzelnen Mitglieder mit angesprochen gewesen. Möglich wäre es auch gewesen, ganz formal von der „Gesellschaft der DDR" zu sprechen, den „Mitgliedern" dieser so ganz anders strukturierten Gesellschaft im Vergleich zur westlichen. Der mehrfache Hinweis auf die Überformung durch einen mächtigeren Organismus scheint sachlich die BRD anzusprechen, metaphorisch also den „älteren Bruder", in der Argumentation ist aber irritierenderweise viel eher die Regierung der BRD gemeint, metaphorisch also „die Mutter", in all ihren „spendenden, versorgenden und überfordernden" Funktionen. Und tatsächlich liegt auf dieser Ebene auch der Therapievorschlag von Hinrichs:

„Die Therapie der Wahl wäre hier kausal; sie würde bestehen in dem therapeutisch dosierten Angebot von Zeit, Liebe und Trauer mit dem Ziel der Nachreifung und der Autonomisierung des Patienten; behandlungstechnisch wäre nötig, das differenzierte Schwingen zwischen den Polen Stützung und Aufdeckung. Dies würde auch bedeuten, daß Mutter und Kind gemeinsam und miteinander Spannungen und Gegen-

sätze aushalten müßten, um sich später versöhnen zu können."

In Hinrichs dramatischer Enthüllung des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses sind die Hauptakteure das „infantilisierte Volk der DDR" und die – offenbar aus kindlicher Sicht – „überdimensional große Mutter Regierung der BRD". Das Problematische an dieser Darstellung mit psychoanalytischem Deutungsanspruch liegt an seiner leichten Eingängigkeit: Für alle, die mit den jetzigen Ergebnissen der Situation nicht zufrieden sind, kommt es gelegen, einer „schizophrenogenen mütterlichen Politik" die Schuld daran zuzuschieben. Denn ein abhängiges krankes Kind („unser geschwächter, verstörter und retardierter Patient") muß geschützt werden. Das macht zwar vermeintlich psychologisch Sinn, politisch-soziologisch würde es aber zu grotesken Schlußfolgerungen führen, die auch nicht der Zielsetzung Hinrichs entsprechen können: Ausgerechnet den Menschen, die heute im Bereich der ehemaligen DDR leben, wird eine gleichsam naturgegebene Mutter-Regierung vorgesetzt. Schon die Wahl vom März 1990 wird von Hinrichs so gedeutet, daß die „West-Mark" gewählt worden ist, die wiederum gleichgesetzt wird mit der Regierung der alten Bundesrepublik. (Hier wählt übrigens doch das „Kind" seine „Mutter".) Von Politik, von politischen Zielen, von politischen Institutionen, von politischen Umweltbedingungen, von internationalen Konstellationen, von all dem ist nicht die Rede. Auf diese Weise wird der Versuch, sich psychoanalytisch in die Situation der Menschen in der ehemaligen DDR einzudenken und einzufühlen, zu einer simplifizierenden Verkürzung der Problemlage mit grotesken politischen Implikationen; oder sollte es sich um einen deplazierten Versuch einer Persiflage handeln?

Hans-Joachim Maaz geht demgegenüber zunächst anders vor. Er nimmt eine sozialpsychologische Perspektive ein, in der er die politisch vorgegebenen situativen Zwänge beschreibt, die von den einzelnen Menschen in der ehemaligen DDR zu bewältigen waren. Er beschreibt den real existierenden Sozialismus als repressives System und die Folgen der Repression als „Mangelsyndrom" und „Gefühlsstau", die mit einer Entfremdung von der Natürlichkeit, der Blockierung von Emotionalität und der Spaltung der Persönlichkeit einhergingen. Breiten Raum gibt er den Kompensationsbemühungen gegen das Mangelsystem. Er greift – ohne ihn so zu bezeichnen – den alten Gedanken des Sozialcharakters von Erich Fromm wieder auf, indem er von zwei typischen Charakterdeformierungen spricht, dem „gehemmten Charakter" und dem „zwangshaften Charakter". In einem zweiten theoretischen Zugang gebraucht er den Begriff der „sozialen Rollen", um das „Zusammenspiel von Verhaltensanforderungen", die sich berufs-, funktions- und aufgabenbezogen ergeben, und spezifischen Charaktereigenschaften der Rollenträger, die den Erwartungen und Erfordernissen gut entgegenkommen, aufzudecken. In seiner Unterscheidung von sechs Rollen (Machthaber, Karrieristen, Mitläufer, Oppositionelle, Ausreisende und Flüchtende und Utopisten) unternimmt er einen ersten, gewiß diskussionswürdigen Versuch, die verschiedenen Umgangsformen mit dem Mangelsyndrom, die es in der DDR-Bevölkerung gegeben hat, darzustellen.

Damit wird im Unterschied zu dem Ansatz von Hinrichs ein hohes Maß von realer Komplexität bewahrt, ohne die psychologische Perspektive aufzugeben. Diese Beschreibung ist nun für Maaz die Analyse der sozialpsychologischen Vorbedingungen, in denen die gesellschaftlichen Veränderungsvorgänge des Herbst 1989 stattfanden. Der Befund der analytischen Untersuchung lautet hier, daß eine Revolution nicht stattgefunden habe. Denn: Weil eine „Trauerarbeit" nicht unternommen wurde, „konnten die Verantwortlichen nicht bestraft, die Mittäterschaft nicht aufgedeckt werden, berechtigte Empörung, Wut, Haß, Schmerz über die Kränkungen, Demütigungen und Verletzungen sowie die Trauer über die erlittenen Verformungen und vertanen Lebensmöglichkeiten nicht ausgedrückt und der Verlust liebgewordener, Halt und Schutz gebender Gewohnheiten, die zur DDR-Identität gehörten, nicht betrauert werden." Diese an Alexander und Margarete Mitscherlichs Analyse der Westdeutschen orientierte Deutung gibt allerdings keine politischen Szenarien an, wie eine solche Trauerarbeit hätte möglich gemacht werden können.

Darüber hinaus sieht Maaz weitere kollektive psychologische Abwehrvorgänge am

Werk. Zu diesen zählt er – wie erwähnt – auch das Wahlergebnis. Berichte über die „muffige" bzw. „besorgte" Reaktion auf die Unterzeichnung des ersten Staatsvertrags werden von Maaz als voraussehbare Folge dafür gewertet, daß eine Selbstaufklärung des inneren Mangelsyndroms in West und Ost vermieden wurde. Die angenommene Symmetrie der Problematik für Ost und West wird im Kapitel über den Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten deutlicher benannt. Die deutsche Vergangenheit gilt Maaz als Schlüssel zum Verständnis für die gegenwärtige Situation. Die gemeinsame Geschichte des nationalsozialistischen Dritten Reiches wird – ähnlich den Studien von Norbert Elias – in Verbindung mit den vorausgegangenen kollektiven Kränkungen gebracht, wie dem Verlust des Kaiserreichs und dem verlorenen Ersten Weltkrieg und den Versailler Verträgen. Nach dem „pathologischen Ausnahmezustand" von 1933-1945 – so Maaz – wurde die Spaltung Deutschlands zur großen Chance der Verdrängung.

„Der vom inneren Elend ablenkenden Lüge vom ‚Volk ohne Raum' folgten jetzt die Hoffnungen von ‚Wirtschaftswunder' und ‚Aufbau des Sozialismus'. Diese unterschiedlichen Wege, die ich beide als Fehlentwicklung verstehe, mit der verbundenen Absicht, das Fühlen zu vermeiden, sind polare Ausformungen ein und desselben Grundleidens" (174 f.).

Das gespaltene Deutschland wird als ein „kollusives Zusammenspiel" verstanden, in dem das gemeinsame Grundleiden unterschiedlich kompensiert wurde und „die" Mauer wechselseitige Abspaltungen und Projektionen ermöglicht hatte: „Damit wurde plötzlich für mich vieles verständlich: unsere permanenten Minderwertigkeitsgefühle und Unsicherheiten im Kontakt mit Westdeutschen, unsere Bettelei und Bittstellerhaltung und auf der anderen Seite die Großzügigkeit, Freigiebigkeit, die permanent bringende, belehrende und überlegene Geste." (177)

Mit dieser Diagnose kommt Maaz auch zu einem entsprechenden politischen Therapievorschlag:

„Wenn wir nur die abwehrenden Polarisierungen aufgeben könnten, wären die einen vielleicht froh darüber, sich etwas mehr Entkrampfung und Gemütlichkeit zu gestatten und die anderen könnten angstfrei gesunde Aktivität und Kreativität entfalten aus einem inneren Bedürfnis heraus und nicht aus Konkurrenzdruck und Überlebenskampf. Wir könnten voneinander lernen und uns irgendwo in der Mitte treffen, doch dann wäre eben auch die westliche Lebensart angefragt ... Jetzt könnte der Westen die berühmte politische Reife und Vernunft beweisen, die er gerne vorgibt und als ‚demokratisches System' die Überlegenheit über die ‚Diktatur des Proletariats' zur Realpolitik machen, indem die Vereinigung vor allem als ein moralisches und emotionales Problem verstanden und das zwischenmenschliche Zusammenwachsen höher bewertet wird als das wirtschaftliche." (178 ff.)

Was in dieser Deutung als erstes klar wird, sind ihr Angebotscharakter und ihre Zielrichtung. Offenbar geht es um Gleichrangigkeit. Maaz möchte in Ost und West ein Bewußtsein dafür schaffen, daß gemeinsames Lernen notwendig ist. Die Menschen auf beiden Seiten sollen sich bewegen, sich „in der Mitte" treffen. Erinnern wir uns der eingangs beschriebenen Bestürzung Richard Schröders darüber, daß die Menschen in Ost und West füreinander so verschieden intensive Neugier aufbrachten und noch aufbringen, so ist dieser Versuch, neue Gemeinsamkeit auf gleichrangiger Basis zu begründen, nachvollziehbar und einsichtig.

Die angebotene Deutung wird dort falsch, wo das sozialpsychologische Problem der Beziehungsstörung direkt auf die politische Ebene übertragen und auch dort so etwas wie gleiche Falschheit unterstellt wird. „Demokratisches System" und „Diktatur des Proletariats" oder „Wirtschaftswunder" und „Aufbau des Sozialismus" werden zueinander in ein Entsprechungsverhältnis gesetzt. In einer jüngeren Argumentation von Maaz (1991) wird das noch deutlicher. Im Osten – so heißt es dort – gab es „unverhüllt autoritär-repressive Verhältnisse" in einem Zusammenspiel von autoritärer Erziehung in den Familien und Schulen mit einem repressiven-totalitären Staatssystem. Im Westen gab es auch „autoritäre Verhältnisse" in „indirekter und kaschierter" Form:

„So hatte der ‚kalte Krieg' auch eine psychologische Dimension: Wir im Osten haben individuelle Größe und Autonomie, die wir nicht leben durften, den Westbürgern zugeschrieben, und im Westen wurden innere Schwäche und Minderwertigkeitsgefühle, auch individuelle Hilflosigkeit, die man in dieser Gesellschaft nicht zeigen darf, vor allem auf die Ostbürger projiziert. So haben auf beiden Seiten die Menschen ihre Ganzheit verloren." (17)

Was mit dem Begriff der „Verhältnisse" ausgeblendet wird, ist die intermediäre, die politisch-institutionelle Ebene. Tatsächlich

haben sich im Westen die gesellschaftliche Artikulation und Differenzierung verschiedener Interessen und die Entwicklung demokratischer Konfliktartikulation und -regelung wechselseitig bedingt und gestärkt. In dieser Hinsicht gibt es keinerlei Symmetrie in der Ausgangslage in Ost und West. Zur Herausbildung der neuen Selbstverständlichkeiten nicht-autoritärer Bewußtseins- und Verhaltensformen hatte in Westdeutschland eine politische Kultur und Tradition beigetragen, die Habermas in Frankreich, USA und Italien lozierte. Sie ist kein Verdienst der Westdeutschen, jedoch die Basis für alle weiteren Aufgaben der Integration von West- und Osteuropa. Und sie ist auch die Basis für die Aufgaben, die Maaz selbst mit Verweis auf die gemeinsame nationalsozialistische Vergangenheit und die notwendigen Änderungen für eine ökologiegemäße Zukunft benennt.

Die Bundesrepublik hat in der Tat lange Zeit über ihre Herkunft aus dem nationalsozialistischen Staat Schweigen gelegt. In ihrer Mitte konnten aber Querdenker, wie Alexander und Margarete Mitscherlich, ihre Analysen über die „Unfähigkeit zu trauern" verbreiten und damit auch den Keim für die spätere intensive Befassung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit legen. Jörg Friedrich beschrieb Anfang der 80er Jahre den Umgang mit der „Tätergemeinde" als „kalte Amnestie". Eben wegen dieser immer erneuten Anstöße sind die nationalsozialistischen Verbrechen in der öffentlichen Rede präsent geblieben. Es war und ist möglich und wird gegenwärtig besonders nötig empfunden, öffentlich die Verpflichtungen zu reflektieren, die aus der nationalsozialistischen Vergangenheit herrühren. Auch um die zukunftsbezogenen politischen und gesellschaftlichen Aufgaben wurde und wird hart gerungen. Die - wie Maaz sagt - „westliche Lebensweise" wird zwar nach wie vor von der Mehrheit höchst ungern aufgegeben, aber eine Mehrheit ist im westlichen Deutschland inzwischen auch der Auffassung, daß man nicht einfach so weiterwirtschaften kann wie bisher. Zwar sind alle entsprechenden politischen Ansätze höchst unzureichend, mangeln an entschiedener Durchsetzungskraft, aber sie existieren und prägen die politischen Auseinandersetzungen (bis hin zu einem Volksentscheid, der beispielsweise Mitte Februar 1991 in Bayern über Konzeptionen der Müllpolitik zu befinden hatte). Welche neuen institutionellen Vorkehrungen gebraucht werden, damit die Größe der anstehenden Probleme auch wirklich bewältigt werden kann und nicht von bestehenden Machtstrukturen zugedeckt wird, ist Gegenstand anhaltender politischer Kämpfe.

Anders in der ehemaligen DDR als einem Fall von etatistischer Gesellschaft. Autonome Bedürfnis- und Interessenartikulation in der Gesellschaft wurde unterdrückt, die Existenz realer Interessenkonflikte negiert. Umwelt- und Gesundheitsschäden waren Staatsgeheimnis. Die deutsche Verantwortung für die Gewalt des nationalsozialistischen Regimes wurde staatsseitig nicht auf die Bürger der DDR bezogen. Das implizierte einen psychologisch nachwirkenden Abspaltungsprozeß, über dessen politische Brisanz seltsamerweise die Ostberliner Schriftstellerin Brigitte Burmeister erst die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich aufklären mußte (Mitscherlich & Burmeister 1991). Im Hinblick auf die politisch-institutionelle Ebene als Mittel der Problem- und Konfliktartikulation ist von der alten DDR nicht zu lernen. Anders verhält es sich mit konkreten lebenspraktischen Erfahrungen der einzelnen.

Politische-psychologische Aufgaben der deutsch-deutschen Integration

Die Bevölkerung der DDR hat im März 1990 mehrheitlich einem unabhängigen neuen Staatsversuch eine Absage erteilt und für die Mitgliedschaft in der Bundesrepublik Deutschland votiert. Aber die neue demokratische Ordnung kommt - wie Gerhard Schmidtchen (*Frankfurter Rundschau* vom 9. September 1991) deutlich machte - in Gestalt der alten Bundesrepublik, mit ihren Arbeits- und Tarifverträgen, ihrer Sozialversicherung, ihrem Steuersystem, ihren politischen Gremien, ihren Evaluationen etc. Mag auch in der Zukunft die gemeinsame Änderung als Antwort auf neue Aufgaben stehen, hier und jetzt sind es vor allem die Menschen aus der ehemaligen DDR, die umlernen müssen, die sich mit den politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Normen und Praktiken der alten Bundesrepublik, die nun auch für sie Geltung haben, vertraut machen müssen. Wenn sich DDR-Bürger/innen heute fremd

im eigenen Land vorkommen, so hängt das mit dieser Situation zusammen.

Eine angemessene politisch-psychologische Betrachtung setzt eine unvoreingenommene Analyse dieser sozialen und politischen Gegebenheiten und der daraus entstehenden Probleme und Aufgaben voraus. Es geht jetzt nicht um Heirat, Adoption oder Paartherapie. In einer politisch-psychologischen Perspektive kommt es jetzt darauf an, sozialpsychologisch aufgeklärte Vorschläge darüber zu machen, in welcher Weise die gewollte Integration zweier Kollektive mit ganz verschiedenen internen sozialen Differenzierungsgraden und politischen Kulturen erfolgsversprechend inszeniert werden kann.

Integration meint die Ablösung oder doch die subjektive Bedeutungsminderung der bisherigen kollektiven Selbstbilder Ost und West. Das wird nach dem, was wir heute sozialpsychologisch wissen können, am besten durch neue gemeinsame Erfahrungen und praktische Bezüge gelingen. In diesem Kooperationsprozeß kommt es auf Symmetrie der subjektiven Beteiligung an. Die Bewältigung der neuen gemeinsamen Erfahrungen muß gleichermaßen wichtig in Ost und West sein. Im Westen geht es dabei darum, endlich zu erkennen, daß die Zukunft eine gemeinsame ist, im Guten und im Schlechten. Daraus müßte sich eine nachholende breite Interessiertheit, jene ermunternde, freundliche Neugier: „Wer seid Ihr, wie habt Ihr gelebt?" (so Tilmann Moser in der *FAZ* vom 20. April 1991) ergeben, die von den Menschen im Osten so bitter vermißt wird. Wenn sich daraus Fragen auch an die eigene bisherige Praxis und Orientierung im Westen ergeben, so könnte solche Nachdenklichkeit nur von beidseitigem Nutzen sein.

Im Osten käme es darauf an, die bisher fehlenden autonomen tragfähigen horizontalen Vernetzungen (Marz 1990) anhand öffentlich artikulierter Interessen zu bilden. Dabei werden neue west-ost übergreifende, aber gruppenspezifische Netze hilfreich sein. Ob, wie Maaz, Reich u. a. vorschlagen, das Ziel einer bewußt Mensch und Natur schonenden Wirtschaftsweise dafür besonders geeignet ist, wird erprobt werden müssen. Mit diesem Ziel könnte der Gestaltungsbereich verbunden sein, in dem die Menschen aus der ehemaligen DDR für sich positiv erfahren können, daß es gerade und besonders auf eine dezentrale und demokratische Interessenvertretung ankommt, damit eine auf kapitalistischer Akkumulation basierende Ökonomie den Menschen in einem Gemeinwesen zu Diensten sein kann. Hier könnte der Weg sein, auf dem die subjektive Aneignung der zwar gewählten, aber noch fremden politischen Institutionen zur demokratischen Mitbestimmung gelingen könnte. Jedenfalls geht es darum, das verbliebene Ost-West-Blockdenken in den Pluralismus der hier in Frage kommenden gesellschaftlichen Interessen aufzulösen und die neuen Aufgaben weitsichtig anzupacken.

Literatur

Ash, T. (1990): Ein Jahrhundert wird abgewählt. München: Hanser

Habermas, J. (1991): Die andere Zerstörung der Vernunft. Über die Defizite der deutschen Vereinigung und über die Rolle der intellektuellen Kritik. Aus der Niederschrift eines Gesprächs. Die Zeit, Nr. 20, 10. Mai 1991, 63

Havel, V. (1989): Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek: Rowohlt

Hinrichs, R. (1990): Patient DDR. Kursbuch 101 (Abriß der DDR), 57-65

Maaz, H.-J. (1990): Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin (Ost): Argon

Maaz, H.-J. (1991): Sozialpsychologische Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung. Links, 256, September 1991, 16 u. 17

Marz, L. (1990): Die Katakomben des Habitus. Die innere Kehrseite des „real existierenden" Sozialismus. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 56, 35-39

Mitscherlich, M. & Burmeister, B. (1991): Wir haben ein Berührungstabu. Hamburg: Klein

Offe, C. (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. Merkur 45, 279-292

Schröder, R. (1991): Es ist doch nicht alles schlecht. Einspruch gegen Jürgen Habermas: Auch im Faktischen steckt manchmal ein bißchen Vernunft. Die Zeit 23, 31. Mai 1991, 54

Senghaas-Knobloch, E. (1990): Subjektivität in der internationalen Politik. Über das Zusammenspiel persönlicher und institutioneller Faktoren der

Konfliktverarbeitung. In: R. Steinweg & Ch. Wellmann (Red.), Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität, 29-61. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Senghaas-Knobloch, E. (1991): Legitimitäts- und Identitätskonflikte als Herausforderung für die europäische Friedensentwicklung. In: H. Schmidt (Hg.), Wissenschaftliche Beiträge zur Entwicklung des Europäischen Friedensprozesses. Fernuniversität Hagen, 10-22

Staniszkis, J. (1991): Dilemmata der Demokratie in Osteuropa. In: R. Deppe, H. Dubiel & U. Rödel (Hg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, 326-347. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Tatur, M. (1991): Zur Dialektik der „civil society" in Polen. In: R. Deppe, H. Dubiel & U. Rödel (Hg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/M., 234-255

Volmerg, B., Volmerg, U. & Leithäuser, T. (1983): Kriegsängste und Sicherheitsbedürfnis. Zur Sozialpsychologie des Ost-West-Konflikts im Alltag. Frankfurt/M.: Fischer